

Wissenschaftsrat

Pressemitteilung

22/97

Köln, 9. Dezember 1997

Vorsitzende des Wissenschaftsrates fordert mehr Geld für den Hochschulbau (5 mal 5 %)

In einem Pressegespräch erklärte die Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski: "Ich unterstütze nachdrücklich die Kritik am gegenwärtigen Zustand unseres Hochschulwesens, wie sie nun schon seit mehreren Wochen in den Streiks der Studentinnen und Studenten ihren Ausdruck findet.

Wir müssen endlich die Kraft aufbringen, das als richtig Erkannte auch in die Tat umzusetzen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel in einer Welt aufs Spiel zu setzen, die stärker als bisher durch Bildung und Wissen geprägt sein wird. Ich bin deshalb dankbar für die breite Zustimmung, die die Forderungen der Studierenden in der Politik gefunden haben. Dies zeigt, daß über das Ziel ein hohes Maß an Einigkeit besteht. Den Worten müssen jetzt aber Taten folgen. Am allerwenigsten brauchen wir ein Schwarzer-Peter-Spiel, bei dem Bund, Länder und Hochschulen die Studentenproteste benutzen, um sich gegenseitig Schuldzuweisungen zu machen.

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus.

Belegexemplar erbeten an: Dr. Michael Maurer
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 229, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: post@wrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wrat.de>

Was die Hochschulen jetzt brauchen, ist eine auf Berechenbarkeit angelegte Politik, die ihnen verlässliche Perspektiven eröffnet. Ich plädiere deshalb dafür, den Hochschulen für ihre dringend notwendigen Ausbau- und Sanierungsvorhaben zusätzliche Mittel und Planungssicherheit zu geben. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft konnten seit vielen Jahren durch einen berechenbaren Zuwachs den Aufbau in den neuen Ländern und die Konsolidierung in den alten Ländern schaffen. Der Wissenschaftsrat beklagt seit Jahren die Unterfinanzierung im Hochschulbau, die erneut bei der erst wenige Wochen zurückliegenden Verabschiedung des gemeinsamen Rahmenplans für den Hochschulbau durch Bund und Länder deutlich geworden ist. Es klafft eine Milliardenlücke im Hochschulbau; lediglich 24 % der vom Wissenschaftsrat nach eingehender Prüfung befürworteten neuen Bauvorhaben (Sanierungen und Neubauten) und nur 48 % der empfohlenen Großgeräte können im Jahr 1998 beschafft werden. Hier muß etwas geschehen, was über Notmaßnahmen hinaus längerfristig Wirkung entfalten kann.

Ich fordere deshalb als Vorsitzende des Wissenschaftsrates Bund und Länder auf, für den Hochschulbau die dringend notwendigen Finanzmittel durch einen "5 mal 5 Prozent-Beschluß" zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dies würde bedeuten, daß sowohl der Bund als auch die Länder jeweils 90 Millionen DM jährlich für einen Zeitraum von 5 Jahren zusätzlich für den Hochschulbau aufbringen müßten. Damit könnte den Hochschulen wirkungsvoll geholfen werden. Zusätzliche Hörsäle, Seminarräume und Bibliotheken könnten gebaut und Praktika und Labors mit modernen Geräten und Computern ausgestattet werden. Wie beweglich die Politik sein kann, hat sich an der Bereitschaft des Bundes gezeigt, den notleidenden Bibliotheken mit 40 Millionen DM unter die Arme zu greifen, und an ähnlichen Initiativen in verschiedenen Ländern.

Lassen sie uns jetzt gemeinsam handeln! Die junge Generation hat einen Anspruch auf Ausbildung unter wettbewerbsfähigen Bedingungen. Der Wissenschaftsrat ist bereit, Empfehlungen zur Vergabe der Zuwächse zu erarbeiten, damit sie gezielt wirken können."